

Antrag auf Verabschiedung der Resolution
„Verbesserung der Personalgewinnung in der Altenpflege“

Wir beantragen,
der Tübinger Gemeinderat möge die folgende Resolution verabschieden
und an die genannten PolitikerInnen und Institutionen senden:

An die Bundestagsabgeordneten aus unserem Wahlkreis:
Frau Annette Widmann-Mauz, Frau Heike Hänsel, Herrn Dr. Martin Rosemann, Herrn Chris Kühn
An den Landtagsabgeordneten aus unserem Wahlkreis: Herrn Daniel Lede Abal

An die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Arbeit im deutschen Bundestages;
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales: Herrn Hubertus Heil;
an den Bundesminister für Gesundheit: Herrn Jens Spahn

An die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Integration im Landtag von Baden-Württemberg;
an den Sozialminister von Baden-Württemberg: Manne Lucha.

An den Deutschen Städtetag,
an den Kommunalen Arbeitgeberverband Baden- Württemberg,
an den Sozialverband Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir wenden uns an Sie, weil wir einen großen Missetand sehen:

Die Betreuung von Menschen in der stationären und ambulanten Altenpflege ist nicht mehr gewährleistet, weil es nicht genügend AltenpflegerInnen gibt. Wir sehen auch viele andere Probleme im Bereich der Altenpflege. Heute wenden wir uns jedoch speziell wegen des enormen Personalmangels an Sie.

In vielen Einrichtungen ist es schon so weit gekommen, dass die vorhandenen Pflegeplätze nicht mehr belegt werden, weil die vom Gesetzgeber festgelegte Anzahl an AltenpflegerInnen und AltenpflegehelferInnen fehlt.

Nach Krankenhausaufenthalten mit meist frühzeitiger Entlassung sind ältere Menschen häufig auf Pflege zuhause angewiesen.

Im Bereich der ambulanten Pflege hat sich die Situation so zugespitzt, dass stellenweise keine Pflegekraft verfügbar ist – dies alles vor dem Hintergrund des PSG II, das die Leistungen im ambulanten Bereich gezielt ausgeweitet hat.

Das bedeutet: Viele Menschen können die ihnen zustehenden Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Die Belastung für Angehörige nimmt zu, allein lebende Menschen müssen z.T. vorzeitig ins Pflegeheim übersiedeln. All das widerspricht dem Ansatz der Pflegeversicherung „ambulant vor stationär“.

Die Anzahl pflegebedürftiger Menschen nimmt stetig zu! Gleichzeitig werden in den nächsten Jahren viele der jetzt noch aktiven AltenpflegerInnen in Rente gehen. Auch ambulante Dienste haben große Probleme, ausreichend Personal zu gewinnen; auch dort werden in den nächsten Jahren viele MitarbeiterInnen die Altersgrenze erreichen.

Ebenso ist es den Kliniken und Krankenhäusern kaum noch möglich, genügend Pflegepersonal einzustellen.

So können nicht mehr alle Pflegebedürftigen in unserer Stadt und in unserem Land professionell und in Würde versorgt werden!

Es besteht akuter Handlungsbedarf! Es bedarf wirksamer Maßnahmen, mit denen mehr Menschen für Berufe in der Altenpflege gewonnen werden können!

Auf kommunaler Ebene könnten wir dem Mangel entgegenwirken, indem wir beispielsweise zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen, den Altenpflegekräften bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen oder ihnen andere Vergünstigungen bieten.

Dafür ist jedoch eine finanzielle Unterstützung von Bund und Land nötig.

Von der Bundes- und Landesregierung, von unseren Abgeordneten und dem kommunalen Arbeitgeberverband erwarten wir, dass sie die Kommunen unterstützen und diese drängenden Probleme mutig anpacken!

Folgende Maßnahmen sind aus unserer Sicht geeignet, Berufe in der Altenpflege attraktiver zu machen:

- **Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege durch:**
 - **eine verlässliche Dienst- und Freizeitplanung, die nur bei einer ausreichenden personellen Besetzung möglich ist.**
 - **Verbesserungen der Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren.**
- **Deutliche Verbesserung der Entlohnung.**
- **Unterstützung der Kommunen bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.**
- **Mehr Mitsprache für die Pflegenden in den kommunalen, landes- und bundespolitischen Entscheidungsgremien (analog zur Standesvertretung der Ärzte).**

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen muss stärker für die Berufe in der Altenpflege geworben werden, z.B. durch eine gemeinsame Imagekampagne aller in der Pflege Verantwortlichen

Wir müssen uns alle darüber im Klaren sein, dass jede und jeder von uns eines Tages auf professionelle Pflege angewiesen sein kann.

Darüber hinaus muss die Unterstützung für die Menschen, die ihre Angehörigen selbst zu pflegen bereit sind, dahingehend erweitert werden, dass diesen keine finanziellen Nachteile entstehen.

Fazit: Wir brauchen dringend ein Sofortprogramm!

Für die Fraktion der AL/Grünen: Dieter Zeller

Für die Fraktion der CDU: Rudie Hurlebaus

Für die Fraktion der SPD :Ingeborg Höhne- Mack

Für die Fraktion der Tübinger Liste: Claudia Braun

Für die Fraktion Die Linke: Gerlinde Strasdeit

Für die Fraktion der FDP: Anne Kreim

Jürgen Steinhilber, fraktionslos